

**Mitgliederversammlung der Bayerischen Chemieverbände
2018**

Bericht des Vorsitzenden der Bayerischen Chemieverbände

Herrn Dr. Günter von Au

(Es gilt das gesprochene Wort)

Bevor ich gleich das Wort an unseren heutigen Festredner, Herrn Friedrich Merz, übergebe, erlauben Sie mir bitte, ein paar eigene Worte an Sie zu richten.

Meine Damen und Herren,
verehrte Gäste,

vor wenigen Wochen ist Deutschland als Gruppenletzter seiner Gruppe aus der Fußballweltmeisterschaft ausgeschieden. Noch bevor wir das mental verarbeitet hatten, hat sich in der deutschen Regierung ein Machtkampf zwischen den Unionsparteien abgespielt, wie ihn die Republik schon länger nicht erlebt hat. Das vorläufige Ende dieses Streits wurde von der Staatsministerin im Kanzleramt, Dorothee Bär, treffend mit „Habemus-Einigung“

kommentiert, was den Schmerz vor dieser Einigung ganz gut auf den Punkt bringt.

Die Klärung der Asylfrage mit all ihren politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen ist ohne Frage sehr wichtig. Nicht nur für die CSU, sondern auch für den Bund und insbesondere für Europa.

Dennoch hat diese Debatte leider das Vertrauen in die Regierungsarbeit belastet und vor allem die vielen anderen wichtigen Themen überlagert. Und sie lähmt die Verantwortlichen bei der Bewältigung der anderen großen Herausforderungen, die immer noch ungelöst vor uns liegen. Deutschland und Europa stehen vor immensen Herausforderungen:

Ich nenne nur ein paar Stichworte:

- demografischen Wandel und Fachkräftemangel
- Innovationsdruck und Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen
- Bildung
- überbordende Bürokratie
- Und last not least die Fragen: Wie lösen wir konstruktiv all die Probleme rund um die

Handelskonflikte, Protektionismus und Brexit? Wie verhindern wir einen echten Handelskrieg? Wie können wir eine nach vorne gerichtete Wirtschaftspolitik auf die politische Tagesordnung bringen?

Meine Damen und Herren,
ganz nüchtern auf die Zahlen blickend darf man feststellen, dass es uns wirtschaftlich derzeit sehr gut geht. Deutliche Produktivitäts- und Umsatzgewinne lassen sich verzeichnen. Bayern steht mal wieder noch einen Tick besser als der Durchschnitt da. Die Arbeitslosenquote liegt in Bayern bei 2,7% - wir nennen das Vollbeschäftigung. Und trotz Rekordhaushalt gibt es in Bayern eine Rekordrückzahlung von Schulden.

Mit Blick in den Rückspiegel darf man ganz ohne Einschränkungen feststellen, dass es der Wirtschaft – auch unserer Branche – und deshalb auch dem Land gut geht.

Um im Bild zu bleiben, wäre man aber ein höchst unvorsichtiger Fahrer, wenn man sich nur auf den

Rückspiegel verlässt. Insbesondere, wenn die Straße kurvig wird.

Mit dem Blick nach vorn – und wenn man den Wirtschaftsinstituten vertraut – ist der große Aufschwung erst einmal vorbei.

„Am deutschen Konjunkturhimmel brauen sich derzeit kräftige Gewitterwolken zusammen“ hört man vom ifo Institut.

Vor allem in der Handelspolitik von US-Präsident Donald Trump sehen die Analysten große Risiken für die deutsche Wirtschaft.

Deshalb könnte der Vortrag von Herrn Merz meines Erachtens zu keinem passenderen Zeitpunkt kommen.

Ich denke, wir sind alle gut beraten, besser zu verstehen, wie Präsident Trump denkt und wie es um die transatlantischen Beziehungen steht.

Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass der Handelskonflikt zwischen USA und China Kollateralschäden in Deutschland verursacht. Die jüngsten Ankündigungen weiterer Zölle auf immer

größer werdende Handelsvolumina sind besorgniserregend. China wird sich vermutlich nicht scheuen, auf Kosten von Deutschland Zugeständnisse an die USA zu machen, wenn es der eigenen Strategie hilft.

Ob sich Europa geschlossen zeigt und geschlossen insbesondere der deutschen Industrie hilft, bleibt abzuwarten. Die deutschen Gebaren in der Flüchtlingspolitik könnten hierfür kontraproduktiv gewesen sein.

Das Stichwort "Geschlossenheit in der EU" leitet gleich zum nächsten Thema über: dem Brexit.

Es gibt viele ungeklärte Fragen rund um den Brexit, die selbstverständlich Unsicherheit schaffen und die auch ein großes Risiko für die Unternehmen bergen. Man denke nur an die Frage, wie ehemals integrierte Wertschöpfungsketten plötzlich auch mit einem Verzollungsprozess ablaufen sollen. Und die Zeit wird knapp.

Zusätzlich schlummert eine erneute Finanzkrise in den Bilanzen der Banken – hauptsächlich der italienischen Banken.

Die Staatsverschuldung in Italien hat ein bedenkliches

Maß erreicht (132% des BIP - zum Vergleich Griechenland 177% und

Deutschland 71%) und die neue Regierung macht nicht

gerade den Eindruck, dieses Problem offensiv

angehen zu wollen. Ein Großteil der italienischen

Staatsanleihen liegt wiederum in den Händen

italienischer Institutionen. Ein leichter Anstieg der

Zinsen könnte den Stein ins Rollen bringen und wir

würden eine neue Finanzkrise erleben.

Hoffen wir, dass Italien die Weichen richtig stellt.

Unabhängig davon sollten wir vor allem Reformen der

Euro-Zone erwirken, die die Währung ausreichend

stabilisieren und krisensicher machen. Hierfür ist

übrigens ein gemeinsames Verständnis, insbesondere

zwischen Italien und Deutschland nötig.

Wir brauchen ein gemeinsames Vorgehen in der

Flüchtlingskrise und ein beherztes Umsetzen der

Europäischen Verteidigungsunion – denn wir wissen

nicht, ob wir uns auf unseren ehemaligen

Schutzpatron USA noch voll verlassen können.

Kanzlerin Merkel hatte dies in Trudering vor einem Jahr auf den Punkt gebracht.

In Deutschland ist es höchste Zeit, dass die Politik für die Wirtschaft wieder in den Mittelpunkt gestellt wird. Denn eine gut laufende Wirtschaft ist eine Salbe, die viele Krankheiten im Land lindert.

Leider lassen weder der Blick in den Koalitionsvertrag noch die Verfolgung der aktuellen politischen Debatten eine solche Anpassung der Prioritäten erkennen. Das muss sich ändern.

In der Energiepolitik brauchen wir dringend einen Plan, wie wir zu marktwirtschaftlichen Prinzipien zurückkommen. Das EEG ist seit Jahren überholt. Es muss abgelöst werden. Wir brauchen verlässlich bezahlbaren Strom für unsere Industrie. Das ist eine Grundvoraussetzung für weiteres Wachstum.

Der Klimaschutz in Deutschland muss sich in europäische Abmachungen einfügen und endlich anerkennen, dass Deutschland im ETS-Sektor, also Industrie und Energiewirtschaft, im Grund keinen

Klimaschutz leisten kann, in den Segmenten, die laut EU-Vereinbarung in nationaler Hand liegen, also Mobilität und Wohnen, dagegen bisher fast untätig war.

Nochmal: Die 24 Mrd. EUR (plus MwSt.), die jedes Jahr über die EEG-Umlage als Subventionsmittel eingezogen werden und die Energiewende finanzieren, sind volkswirtschaftlich verloren und helfen nicht, CO₂ einzusparen.

Stattdessen schaffen wir uns damit große Probleme im Verhältnis mit Brüssel, in der Stromversorgung und bei den Strompreisen.

24 Mrd. EUR werden ohne große Wehmut ausgegeben, ohne dass es – bezogen auf die wahren Ziele – Wirkung hätte. Aber bei Themen wie der steuerlichen Forschungsförderung fehlt offensichtlich der Mut.

Meine Damen und Herren,
wir sind ein Industrieland und ein Innovationsland.
Wenn steuerliche Forschungsförderung bei uns keine Kräfte freisetzen sollte, wo dann? Österreich hat

wegen guter Erfahrungen die Budgets sogar aufgestockt.

In Zeiten überquellender Staatskassen kann das Finanzierungsargument nicht gelten, schon gar nicht, wenn man die langfristige Rendite einrechnet. Und steuerliche Forschungsförderung wäre kein Experiment für uns. Wir wissen aus anderen Staaten, dass sie hervorragend funktioniert.

Gleiches gilt für die Steuerpolitik im Allgemeinen:

Wenn nicht jetzt, wann dann?

Wir müssen erstens dringend über eine Unternehmenssteuerreform sprechen. Wir sehen gerade, wie die USA damit sehr erfolgreich Investitionskapital ins eigene Land lenken. Möglicherweise so viel, dass die negativen Auswirkungen der Handelspolitik wenig sichtbar werden.

Meine Damen und Herren, das darf uns nicht egal sein!

Und zweitens muss der Solidaritätszuschlag ganz abgeschafft werden - für alle. Denn sonst wird er uns

vermutlich für immer bleiben. Auch hier die Frage:
Wenn nicht jetzt, wann dann?

Wir müssen endlich materiell etwas für die
Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft tun. Die
genannten Punkte wären ein Anfang!

Auch die Bildungspolitik sollte unsere ganze
Aufmerksamkeit bekommen. Im Zuge des Wechsels
vom achtjährigen Gymnasium, dem G8, zum
neunjährigen, dem G9, wurde mit den neuen
Stundentafeln eine gute Chance vertan, den
Naturwissenschaften endlich den ihnen gebührenden
Stellenwert im Bildungskanon und im Schulalltag zu
gewähren. –Gerade in den nicht-
naturwissenschaftlich-technischen Zweigen.

In Zeiten, in denen alle von MINT-Förderung und der
Wichtigkeit von MINT sprechen, erstaunt mich diese
Entwicklung.

Wir würden uns wünschen, dass es auch für
Schülerinnen und Schüler dieser Zweige möglich
wäre, eine Naturwissenschaft im Abitur zu belegen

und nicht knapp die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler ihrer MINT-Chancen beraubt würde.

Last not least die Handelspolitik. Zugegeben, wir haben die Handelspolitik an die EU delegiert. Aber dennoch: Deutschland ist die viertgrößte Wirtschaftsmacht auf der Welt und Bayern hat einen großen Anteil daran. Wir sind weit mehr als andere Profiteure der Globalisierung und des internationalen Handels – vor allem des Exports.

Handel, insbesondere ein ungestörter und fairer internationaler Handel ist für uns alle Wachstums- und Wohlstandsvoraussetzung.

Deutschland hat mehr als andere EU-Länder ein Interesse daran, dass sich die Handelsbeziehungen nicht verschlechtern. Wir müssen uns innerhalb der EU dafür stark machen, dass die Zoll-Spirale sich nicht zu unseren Ungunsten zudreht. Vielleicht ist ein Zugeständnis an der richtigen Stelle im Sinne eines klaren Bekenntnisses für Freihandel auch ein gutes Zeichen. Und ich darf darauf hinweisen, dass ein Großteil unserer Branche abhängig ist von der Automobilindustrie.

Meine Damen und Herren,
ich möchte mit einem Thema schließen, dass
interessanterweise noch überhaupt nicht auf der
politischen Agenda zu finden ist, dort meines
Erachtens aber dringend hingehört.

Wir sehen alle die Fortschritte bei der Digitalisierung,
ob nun bei Handelsriesen wie Amazon, die danach
streben, in allen möglichen Marktsegmenten eine
Dominanz zu erreichen, die gleichzeitig aber so viel
Ressourcen in Künstliche Intelligenz stecken, wie es
kaum ein staatliches oder Europäisches Programm
täte. Über 5000 Menschen arbeiten bei Amazon an der
Weiterentwicklung der Sprachassistenten Alexa – einem
Beispiel für künstliche Intelligenz.

Und wenn Internet der Dinge 4.0 ist, dann ist
künstliche Intelligenz 5.0. Ob nun selbstfahrende
Autos oder intelligente Assistenten zu Hause.
Aber wir sollten uns schon heute fragen, welche
Auswirkungen diese Entwicklungen, diese technischen
Möglichkeiten auf unsere Gesellschaft haben können.

Es ist mittlerweile kein Geheimnis mehr, dass China ein „Soziales Bonitätssystem“ einführt, das Punkte verteilt und nimmt, je nach „Staatsgefälligkeit“. Es sind Szenarien denkbar geworden, die per Algorithmus je nach „Sozialer Bonität“ Leistungen gewähren oder verweigern. Gekoppelt mit Gesichtserkennung im öffentlichen Raum und automatischer Vergabe oder Löschung von Punkten wird daraus ein Überwachungsstaat, der auch George Orwell hochschrecken lassen würde und sicher nicht unserem Ideal einer freiheitlichen Gesellschaft entspricht.

Mir geht es darum, dass wir diese technischen Möglichkeiten nicht einfach ignorieren, sondern eine gesellschaftliche Debatte darüber führen, was möglich sein soll und was nicht. Wie viel Transparenz wir wollen und wie viel Freiheit bleiben muss.

Diese Diskussion sollten wir führen, bevor uns die Realität einholt.

Meine Damen und Herren,
zu guter Letzt darf ich auf unseren Jahresbericht hinweisen. Er ist – wie immer – mehr als nur ein

Bericht unserer Aktivitäten, er ist auch ein
Positionspapier, er ist auch eine Stellungnahme zu
aktuellen Entwicklungen.

Bitte lesen Sie ihn!

Herzlichen Dank!